

## System-Fehler

Von Götz Münstermann

Man kann dem Entwicklungsbeirat keinen Vorwurf machen, dass er lieber hinter verschlossenen Türen tagen möchte. Warum sollen gerade die Vertreter der Interessengruppen öffentlich mehr Verantwortung als gewählte Heidelberger Volksvertreter übernehmen, die ja auch am liebsten unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutieren? Das Problem ist das Konstrukt des Entwicklungsbeirates an sich. Dabei wird so getan, als würde man Bürger beteiligen – und nennt es „strukturierte Bürgerbeteiligung“. Nur sind es nicht einfache Bürger, sondern Lobbyisten und Multiplikatoren, die der Gemeinderat zur Entscheidungsfindung eingeladen hat. Was Wunder, dass die kein Interesse daran haben, sich über die Schulter schauen zu lassen. Es liegt in ihrem Eigeninteresse, möglichst geschützt Ideen und Projekte aushandeln zu können. Findet das alles hinter verschlossenen Türen statt, dann kann man sich gut hinter dem Gremium verstecken und muss nicht Verantwortung für die eigene Position übernehmen. Der Gemeinderat sollte jetzt für Transparenz sorgen – damit keiner sagen kann, dass da etwas ausgekugelt wurde.

# Der Entwicklungsbeirat will lieber unter sich bleiben

Mehrheit des Gremiums aus Interessenvertretern plädiert für nicht-öffentliche Sitzungen – Bürgerinformation vor Sommerferien

RNz 14.04.2011

mün. Die erste Sitzung des Entwicklungsbeirates für die Flächen der US-Armee war nicht-öffentlich. Und auch in Zukunft will das Gremium aus Interessen- und Volksvertretern lieber unter sich bleiben, wenn es Ideen für die Nutzung der freiwerdenden Areale entwickelt. Nur von Fall zu Fall sollen Zuhörer auf den hinteren Bänken Platz nehmen dürfen.

Wenn am Ende des Jahres 2015 der letzte US-Soldat Heidelberg verlassen hat, dann will die Stadt detaillierte und realistische Pläne für die freigewordenen Flächen haben. Diese soll ein Entwicklungsbeirat für den Gemeinderat ausarbeiten, der dann beschließen kann. Das neue Gremium „Entwicklungsbeirat“ wurde vom Stadtparlament im vergangenen Dezember aus der Taufe gehoben, im Fachjargon wird es unter „strukturierte Bürgerbeteiligung“ eingeordnet: Nicht jedermann kann und soll hier mitreden, sondern eine ausgewählte Schar von Interessenvertretern und damit Multiplikatoren wird in die Entscheidungsfindung einbezogen. Der Gemeinderat entschied sich neben den städtischen Rätemitgliedern für 18 Interessenvertreter: von der Architektenkammer über den Mieterverein und den Bund für Umwelt- und Naturschutz bis zur Kreishandwerkerschaft



Sorgenkind der Stadtplaner: Patrick-Henry-Village zwischen Eppelheim und A5. Foto: Sommer

und dem Sportkreis. Insgesamt 32 Beiratsmitglieder beschlossen bei der ersten Sitzung am Dienstagabend, dass man grundsätzlich nicht öffentlich tagen wolle.

Nach Angaben von Baubürgermeister Bernd Stadel will man nur fallweise Zuhörer zulassen. „Ich persönlich bin offen

für eine öffentliche Sitzung“, so Stadel, aber die Mehrheit hege Befürchtungen, dass es bei Zuhörern zu einem „Schaulaufen“ in dem Arbeitsgremium komme. Zudem habe die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima), der die US-Flächen gehören, kein Interesse an öffentlichen

Grundstückspreisdiskussionen. Stadel sicherte zu, dass die Bevölkerung gemäß dem beschlossenen Konzept in den einzelnen Arbeitsphasen des Gremiums informiert und teilweise auch einbezogen werde. So solle vor den Sommerferien eine Informationsveranstaltung stattfinden, bei der die Bürgerschaft über die Grundlagen des Verfahrens informiert werde. Außerdem werde es ausführliche Protokolle geben, die später öffentlich zugänglich seien.

Schon bei der zweiten Sitzung des Entwicklungsbeirates im Mai sollen die Gremienmitglieder – dann vielleicht auch noch mit einem Vertreter der Landwirtschaft – über die „Chancen, Risiken und Optionen im städtischen und regionalen Kontext“ (Stadel) informiert werden. Dabei geht es um die in der Vergangenheit beschlossenen Festlegungen für die zukünftig freiwerdenden Flächen, etwa im Stadtentwicklungsplan, in den Stadtteilrahmenplänen und den überregionalen Plänen. Man schaue, welche Potenziale die Flächen hätten – „es wird aber nicht mit der Lupe draufgeschaut“, so der Baubürgermeister. Im Anschluss daran werde die „breite Öffentlichkeit sukzessive auf den Stand des Gremiums gebracht“, so Stadel.